

Soziale Gerechtigkeit 2007 – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage

Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung,
Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung



Robert B. Vehrkamp, Andreas Kleinsteuber

Soziale Gerechtigkeit 2007 – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage

Gütersloh, im Dezember 2007

Inhalt

Einleitung	4
Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze	5
Wirtschaftsaufschwung ohne Verteilungsgerechtigkeit	6
Soziale Gerechtigkeit als Chancengerechtigkeit	7
Vorrang für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik	9
Große Defizite bei der Verwirklichung von Teilgerechtigkeiten	10
Bekämpfung der Kinderarmut als Top-Priorität für mehr Verteilungsgerechtigkeit	11
Mehr Chancengerechtigkeit durch Ausbildungsplatzgarantie	13
Generationengerechtigkeit durch zukunftssichere Sozialsysteme	14
Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Schlüssel für mehr Familiengerechtigkeit	16
Leistungsgerechtigkeit – „Arbeit muss sich lohnen!“	17
Skandinavien – Vorbild für soziale Gerechtigkeit für Politiker und Bevölkerung	19
Große Mehrheit der Bürger für mehr staatliche Eingriffe und Umverteilung	21
80 Prozent der Bürger halten Steuer- und Abgabenlast in Deutschland für zu hoch	22
Service-Formular	24

Einleitung

Soziale Gerechtigkeit war und ist eines der wichtigsten Themen in den politischen Debatten des Jahres 2007. Programmatisch sucht die Politik nach Wegen, den von den Bürgern empfundenen Gerechtigkeitsdefiziten durch problemadäquate und für die Bürger zustimmungsfähige Politikangebote zu begegnen. Was aber wollen die Bürger wirklich, wenn sie mehr soziale Gerechtigkeit fordern? Welche Teilbereiche sozialer Gerechtigkeit sind den Bürgern besonders wichtig: die Verteilungs-, die Chancen-, die Leistungs- und/oder die Generationen- und Familiengerechtigkeit? Lassen sich aus Sicht der Bürger politische Prioritäten für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland ableiten?

Die vorliegende Studie dokumentiert die Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland im Spätsommer 2007 zum Thema soziale Gerechtigkeit. Die Befragung wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, in Kooperation mit der Heinz Nixdorf Stiftung und der Ludwig-Erhard-Stiftung, vom Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach durchgeführt.

Im Vordergrund der Umfrage stand insbesondere:

- Was verstehen die Bürgerinnen und Bürger unter sozialer Gerechtigkeit?
- In welchen Teilbereichen sozialer Gerechtigkeit sehen die Menschen in Deutschland die größten Gerechtigkeitsdefizite und Gerechtigkeitslücken?
- Welche politischen Maßnahmen halten die Bürger für besonders wichtig, um in Deutschland mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen?

Die Bevölkerungsumfrage wurde im Zeitraum zwischen dem 8. und 20. August als mündlich-persönliches Interview (Face-to-face) mit insgesamt 2026 für die gesamte Wahlbevölkerung Deutschlands repräsentativ ausgewählten Personen durchgeführt. Die Interviews wurden dabei von geschulten Interviewern des Allensbacher Instituts anhand eines vorgegebenen Fragebogens geführt. Die Fragen zur sozialen Gerechtigkeit waren dabei in eine Allensbacher Mehr-Themen-Umfrage eingebettet, die – anders als ein monothematischer Fragebogen ausschließlich zu politischen Themen – ein neutraleres Umfeld für die Beantwortung der Fragen bietet.

Der Fragebogen der Bevölkerungsumfrage entspricht sehr weitgehend dem Fragekatalog einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage zum gleichen Thema aus dem Herbst 2006, deren Ergebnisse bereits Ende 2006 veröffentlicht worden sind.¹ Aufgrund des zeitlichen Abstands der beiden Umfragen sind deren Ergebnisse nicht direkt vergleichbar, bieten allerdings dort, wo es um weniger aktuelle Themen wie das grundsätzliche Verständnis sozialer Gerechtigkeit geht, durchaus die Möglichkeit, die Auffassungen von Bürgern und Politikern zu vergleichen.

¹ Robert B. Vehrkamp, Andreas Kleinstaubert: Soziale Gerechtigkeit – Ergebnisse einer repräsentativen Parlamentarier-Umfrage, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, im Januar 2007.

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze

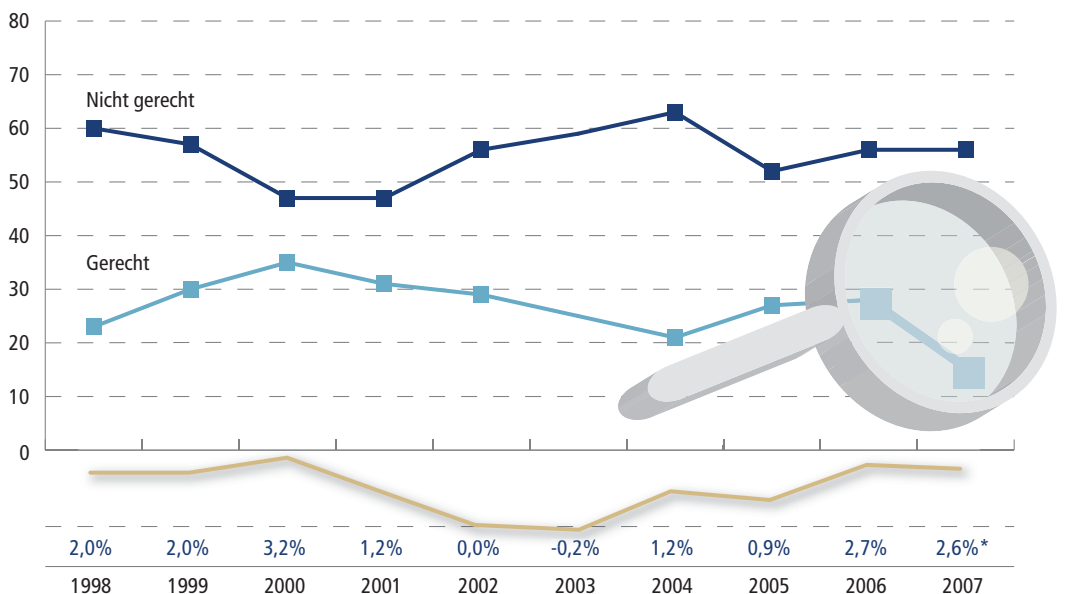
- **Wirtschaftsaufschwung ohne Verteilungsgerechtigkeit:** Trotz anhaltenden Aufschwungs sind nur noch 15 Prozent der Bürger der Meinung, dass die Verteilung in Deutschland gerecht ist – ein neuer historischer Tiefstand.
- **Soziale Gerechtigkeit als Chancengerechtigkeit:** Ohne Antwortvorgaben befragt, steht für immerhin fast ein Drittel (32 Prozent) der Bürger Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit im Mittelpunkt ihres Gerechtigkeitsverständnisses.
- **Vorrang für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik:** Auf die offene Frage, was getan werden müsste, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen, nennt fast ein Viertel der Befragten (22 Prozent) zunächst Maßnahmen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.
- **Große Defizite bei der Verwirklichung von Teilgerechtigkeiten:** Die Bürger sehen bei der Verwirklichung verschiedener Teilgerechtigkeiten von sozialer Gerechtigkeit in Deutschland große Gerechtigkeitsdefizite – mit einer Ausnahme: der Leistungsgerechtigkeit.
- **Bekämpfung der Kinderarmut als Top-Priorität für mehr Verteilungsgerechtigkeit:** Fast drei Viertel (74 Prozent) der Menschen in Deutschland sehen in der Bekämpfung von Kinderarmut den wichtigsten Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft.
- **Mehr Chancengerechtigkeit durch Ausbildungsplatzgarantie:** Eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger ist mit 81 Prozent Zustimmung in der Bevölkerung die mit großem Abstand wichtigste Maßnahme für mehr Chancengerechtigkeit in Deutschland.
- **Generationengerechtigkeit durch zukunftsichere Sozialsysteme:** Mehr als acht von zehn Menschen sehen in zukunftsichernden Reformen der sozialen Sicherungssysteme den wichtigsten Schlüssel für mehr Generationengerechtigkeit in Deutschland.
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Schlüssel für mehr Familiengerechtigkeit:** Für mehr Familiengerechtigkeit in Deutschland hält die Bevölkerung Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf für wichtiger als eine stärkere finanzielle Förderung der Familien.
- **Leistungsgerechtigkeit – „Arbeit muss sich lohnen!“:** Als wichtigsten Garant für mehr Leistungsgerechtigkeit sehen drei Viertel (75 Prozent) der Menschen in Deutschland den Grundsatz an, dass sich eigene Arbeit im Vergleich zu staatlicher Hilfe lohnen muss.
- **Skandinavien – Vorbild für soziale Gerechtigkeit für Politiker und Bevölkerung:** Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent der Bürger orientiert sich an den nordeuropäischen Ländern Schweden und Dänemark als Vorbild für soziale Gerechtigkeit.
- **Große Mehrheit der Bürger für mehr staatliche Eingriffe und Umverteilung:** Zwei Drittel der Bevölkerung (66 Prozent) sprechen sich dafür aus, dass der Staat für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland stärker als bisher eingreifen und umverteilen sollte.
- **80 Prozent der Bürger halten Steuer- und Abgabenlast in Deutschland für zu hoch:** Trotz ihrer Präferenz für mehr staatliche Umverteilung halten acht von zehn Bürgern in Deutschland die Höhe aller Steuern und Abgaben für zu hoch.

Wirtschaftsaufschwung ohne Verteilungsgerechtigkeit

Der gegenwärtige Wirtschaftsaufschwung leidet nach Ansicht der Bevölkerung unter einem Gerechtigkeitsdefizit: Trotz anhaltender Konjunkturerholung mit steigenden Wachstumsraten und abnehmender Arbeitslosigkeit beurteilt eine klare Mehrheit der Bevölkerung (56 Prozent) die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nach wie vor als nicht gerecht. Nur noch eine kleine Minderheit von 15 Prozent der Menschen hält die wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande dagegen noch für gerecht. Vor zwei Jahren – vor Beginn der derzeitigen Aufschwungphase – vertraten diese Meinung mit 27 Prozent noch fast doppelt so viele Menschen wie derzeit. Trotz anhaltenden Aufschwungs hat sich damit der Anteil der Bürger, die die Verteilung in Deutschland für gerecht halten, innerhalb von zwei Jahren fast halbiert und mit nur noch 15 Prozent in diesem Jahr einen neuen historischen Tiefststand erreicht.

Trotz Aufschwung weniger Verteilungsgerechtigkeit

Frage: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in der Bundesrepublik – ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen – im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“



Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr (Quelle: Statistisches Bundesamt)
 *Schätzwert des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Diese Entwicklung widerspricht den Erfahrungen früherer Konjunkturzyklen, in denen Boomzeiten in der Bevölkerung stets zu der Einschätzung führten, dass mit dem Aufschwung auch ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit im Lande verbunden sei. So sank auf dem Höhepunkt des New-Economy-Booms um die Jahrtausendwende der Anteil derjenigen, die die Verteilung im Lande für ungerecht hielten, von 60 Prozent im Jahre 1998 auf 47 Prozent im Jahre 2000, während im gleichen Zeitraum der Anteil derjenigen, die eine gerechte Verteilung sahen, von 23 Prozent auf 35 Prozent angestiegen ist.

Das Gerechtigkeitsdefizit der laufenden Aufschwungphase wird darüber hinaus von Anhängern aller im Bundestag vertretenen Parteien gesehen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Während nur 3 Prozent der Anhänger der LINKEN, 10 Prozent der Grünen-Anhänger und 13 Prozent der SPD-Anhänger die Verteilung in Deutschland derzeit als gerecht ansehen, meint dies auch bei den Anhängern der FDP nur eine deutliche Minderheit von 21 Prozent und bei den Anhängern der CDU/CSU eine Minderheit von 22 Prozent. Gleichzeitig halten auch CDU/CSU-Anhänger zu immerhin 44 Prozent die Verteilung in Deutschland für nicht gerecht, während dies bei den anderen Parteien jeweils eine deutliche Mehrheit in Höhe von 55 Prozent bei der FDP, 60 Prozent bei der SPD, 67 Prozent bei den Grünen und 75 Prozent bei der LINKEN so sieht.

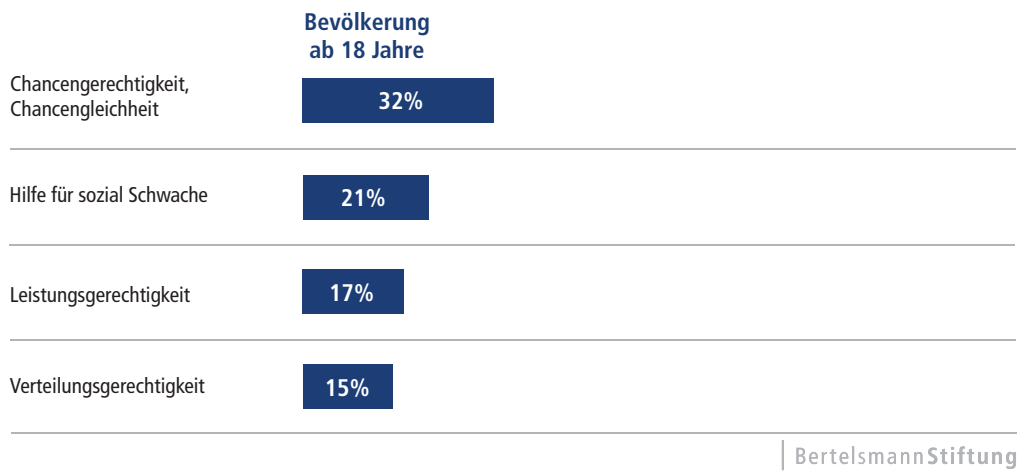
Soziale Gerechtigkeit als Chancengerechtigkeit

Was verstehen Bürger unter sozialer Gerechtigkeit? In einer offenen Frage ohne Antwortvorgaben dazu befragt, zeigt sich, dass für immerhin fast ein Drittel (32 Prozent) der Bürger Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit im Mittelpunkt ihres Gerechtigkeitsverständnisses steht. Als nächsten Schwerpunkt nennen 21 Prozent der Bürger spontan Hilfen für sozial Schwache, während die häufig als dominant und kontrovers diskutierten Kategorien der Leistungsgerechtigkeit (17 Prozent) und der Verteilungsgerechtigkeit (15 Prozent) deutlich weniger häufig genannt werden.

Auch in der gesellschaftlichen Differenzierung zeigt sich, dass die Chancengerechtigkeit in fast allen gesellschaftlichen Gruppen zur Definition sozialer Gerechtigkeit am häufigsten genannt wird. Dabei sind es besonders die jungen Menschen (39 Prozent), Familien mit Kindern (37 Prozent), das obere Viertel der Gesellschaft (37 Prozent) und Menschen mit Haushaltsnettoeinkommen über 3.000 € im Monat (37 Prozent), die ihren Fokus besonders häufig auf Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit legen. Nur die über 65-Jährigen bevorzugen zu 25 Prozent Hilfen für sozial Schwache als Kern sozialer Gerechtigkeit gegenüber 23 Prozent, die darunter vor allem Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit verstehen.

Was die Bevölkerung unter ‚sozialer Gerechtigkeit‘ versteht

Frage: „Was verstehen Sie unter ‚sozialer Gerechtigkeit‘? Würden Sie mir das bitte mit wenigen Worten sagen?“ (Offene Ermittlung ohne Antwortvorgaben, Mehrfachangaben möglich)



Mit der stärkeren Fokussierung auf Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit im Vergleich zur Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit zeigt sich auch bei den Bürgern eine Akzentverschiebung im Verständnis sozialer Gerechtigkeit, die sich noch sehr viel deutlicher bei den Parlamentariern gezeigt hat. Hier lag 2006 der Anteil derjenigen Politiker, die soziale Gerechtigkeit als Chancen- und Teilhabegerechtigkeit verstehen, bei mehrheitlichen 55 Prozent und bei unter 35-jährigen Politikern sogar bei fast zwei Drittel (65 Prozent). Auch wenn dieser Wandel im Verständnis sozialer Gerechtigkeit bei den Politikern bereits deutlich weiter verbreitet ist als in der Bevölkerung, scheint sich dennoch ein neuer gesellschaftlicher Konsens zwischen Politik und Bevölkerung abzuzeichnen, soziale Gerechtigkeit vor allem als Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu verstehen. In der Vergangenheit wurde zur Definition sozialer Gerechtigkeit häufig auf die sich kontrovers gegenüberstehenden Normen einer egalitären Verteilungsgerechtigkeit auf der einen Seite und einer Ungleichheit eher befürwortenden marktbasierter Leistungsgerechtigkeit auf der anderen Seite zurückgegriffen. Nun zeichnet sich mit der Akzentverschiebung zu Gunsten von mehr Chancen- und Teilhabegerechtigkeit die Chance eines gesellschaftlich konsensfähigen Gerechtigkeitsverständnisses als normative Basis künftiger Reformen des Sozialstaats in Deutschland ab.²

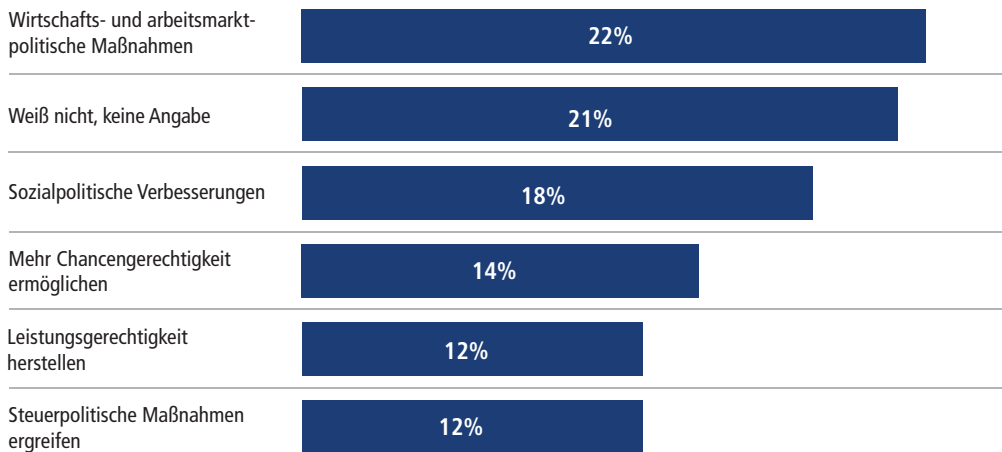
² Stefan Liebig: Gerechtigkeitsverständnis und wahrgenommene Gerechtigkeitslücken bundesdeutscher Parlamentarier: Wandel und Ausdruck neuer Konfliktlinien? Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2007.

Vorrang für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Was müsste aus Sicht der Bevölkerung getan werden, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen? Ebenfalls offen dazu befragt, nennt immerhin fast ein Viertel der Befragten (22 Prozent) Maßnahmen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, wie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen oder die Einführung eines Mindestlohns. Als nächste Priorität nennen die Bürger sozialpolitische Verbesserungen wie die soziale Absicherung oder finanzielle Unterstützung von sozial Schwachen (18 Prozent) sowie Maßnahmen zur Ermöglichung von mehr Chancengerechtigkeit zum Beispiel im Bildungsbereich (14 Prozent). Immerhin jeweils 12 Prozent der Bürger nennen als wichtigste politische Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit steuerpolitische Maßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der Leistungsgerechtigkeit.

Was aus Sicht der Bevölkerung getan werden müsste, um mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen

Frage: „Was müsste vor allem getan werden, um mehr soziale Gerechtigkeit bei uns zu erreichen? Was finden Sie am wichtigsten?“ (Offene Ermittlung ohne Antwortvorgaben, Mehrfachangaben möglich)



Vergleicht man diese Antworten mit denen der Parlamentarier-Umfrage aus dem Jahr 2006, zeigt sich, dass die Politiker in deutlich stärkerem Umfang auch bei der Frage nach politischen Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit bereits ihrem neuen Verständnis sozialer Gerechtigkeit als Chancen- und Teilhabegerechtigkeit folgen. Während in der Bevölkerung erst 14 Prozent der Befragten Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit als besonders wichtig ansehen, sehen das bei den Politikern immerhin schon knapp vier von zehn (38 Prozent) so. Insbesondere die Bedeutung von Bildung und bildungspolitischen Maßnahmen wird in der Bevölkerung als Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Vergleich zur Politik noch deutlich unterschätzt: Während bei den Parlamentariern 38 Prozent insbesondere Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungssystem als besonders geeignet ansehen, mehr soziale Gerechtigkeit zu erreichen, nennen in der Bevölkerung bislang lediglich 11 Prozent bildungspolitische Maßnahmen als Schlüssel zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Deutschland.

Große Defizite bei der Verwirklichung von Teilgerechtigkeiten

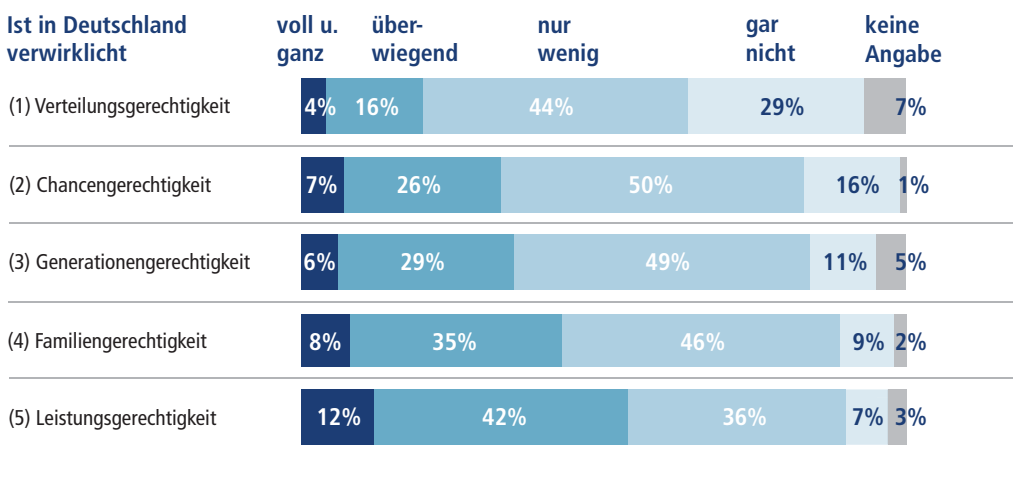
Fragt man Bürger nach dem Grad der Verwirklichung verschiedener Teilgerechtigkeiten von sozialer Gerechtigkeit in Deutschland, ergeben sich große Gerechtigkeitsdefizite in allen Teilbereichen. Eine Ausnahme bildet einzig die Leistungsgerechtigkeit, die von einer Mehrheit der Bevölkerung als voll und ganz oder zumindest überwiegend verwirklicht angesehen wird. Bei allen anderen Teilgerechtigkeiten kann nur eine Minderheit der Bürger einen zumindest überwiegenden Grad der Verwirklichung erkennen.

Dies gilt besonders für die Verteilungsgerechtigkeit, bei der gerade ein Fünftel eine zumindest überwiegende Verwirklichung sieht. Auch bei der Familiengerechtigkeit (43 Prozent), der Chancengerechtigkeit (33 Prozent) und der Generationengerechtigkeit (35 Prozent) geht nur eine Minderheit der Bürger von einer zumindest überwiegenden Verwirklichung aus.

Differenziert nach unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, fallen wenige markante Differenzen in den Einschätzungen der bestehenden Gerechtigkeitsdefizite auf. Mit 50 Prozent halten bei den jungen Paaren ohne Kinder überdurchschnittlich viele die Familiengerechtigkeit für zumindest überwiegend realisiert, während diese Einschätzung von lediglich 36 Prozent der Familien mit Kindern geteilt wird. Im Vergleich dazu sehen 43 Prozent aller Bürger die Familiengerechtigkeit in Deutschland als zumindest überwiegend realisiert. Die Chancengerechtigkeit halten überdurchschnittliche 40 Prozent der Bürger mit Abitur und Studium und sogar 43 Prozent der Bürger mit hohem gesellschaftlichem Status für zumindest überwiegend realisiert, während diese Einschätzung nur von einem Drittel (33 Prozent) aller Bürger geteilt wird. Die

Grad der Verwirklichung von Teilgerechtigkeiten in Deutschland aus Sicht der Bevölkerung

Frage: „Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Bereiche von sozialer Gerechtigkeit. Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt hier, je nachdem, ob Sie meinen, dass dieser Bereich in Deutschland voll und ganz, überwiegend, nur wenig oder gar nicht verwirklicht ist. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite.“
(Kartenspiel und Blattvorlage)



| Bertelsmann Stiftung

Generationengerechtigkeit sehen in Deutschland die Senioren (60 Jahre und Ältere) zu 40 Prozent als zumindest überwiegend realisiert, während dies nur ein Drittel (33 Prozent) der 18- bis 29-Jährigen so sieht.

Bekämpfung der Kinderarmut als Top-Priorität für mehr Verteilungsgerechtigkeit

Von allen Teilgerechtigkeiten ist aus Sicht der Bevölkerung die Verteilungsgerechtigkeit am wenigsten realisiert. Befragt nach Vorschlägen zur Erzielung von mehr Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, haben Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut die höchste Priorität: Fast drei Viertel (74 Prozent) der Menschen in Deutschland sehen in der Bekämpfung von Kinderarmut den wichtigsten Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft. Nahezu

Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit

Frage: „Hier finden Sie nun einige Vorschläge, was der Staat tun könnte, um die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland zu verbessern. Sind unter diesen Vorschlägen welche, die Sie für besonders wichtig halten?“ (Vorlage einer Liste, Mehrfachnennungen möglich)

Das finde ich besonders wichtig	Bevölkerung insgesamt
Dafür sorgen, dass es in Deutschland weniger Armut unter Kindern gibt	74%
Geringverdiener steuerlich stärker entlasten	72%
Ein Mindesteinkommen für Arbeitnehmer sicherstellen, z.B. durch gesetzliche Mindestlöhne oder durch staatliche Lohnzuschüsse (z.B. Kombilohn)	69%
Steuerschupflöcher abschaffen	67%
Die Unternehmensgewinne stärker besteuern	37%
Eine Vermögenssteuer einführen	35%
Die Unterstützung für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Empfänger erhöhen	28%
Den Spitzensteuersatz erhöhen	26%

| BertelsmannStiftung

gleich häufig wird die steuerliche Entlastung Geringverdienender (72 Prozent) genannt, gefolgt von der Sicherung eines Mindesteinkommens z.B. durch Mindest- oder Kombilöhne (69 Prozent) und der Abschaffung von Steuerschlupflöchern (67 Prozent). Deutlich weniger sprechen sich dagegen für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer (35 Prozent), eine stärkere Besteuerung von Unternehmensgewinnen (37 Prozent) und die Erhöhung des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer (26 Prozent) aus. Auch eine Erhöhung der Leistungen für Sozialhilfe- bzw. ALG-II-Empfänger halten nur weit weniger als ein Drittel (28 Prozent) der Menschen in Deutschland für geeignet, um mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Unterscheidet man hierbei allerdings die verschiedenen Statusgruppen der Gesellschaft, dann zeigen sich in dieser Frage deutliche schichtspezifische Unterschiede: Während das untere Viertel der Gesellschaft

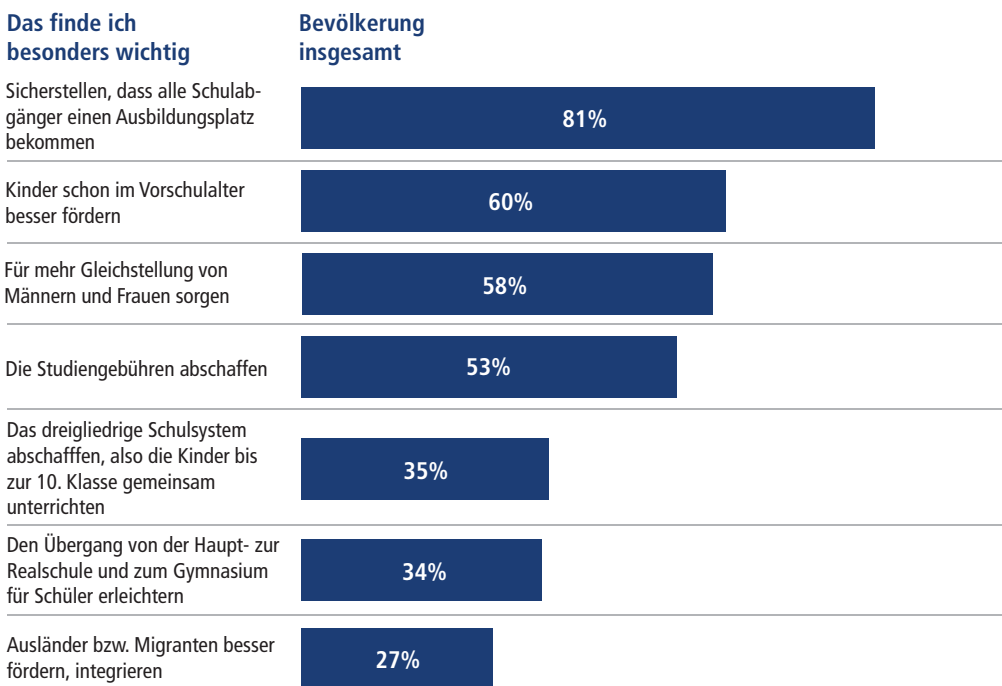
fast zur Hälfte (45 Prozent) die Erhöhung der Sozialhilfe- und ALG-II-Leistungen für geeignet hält, um mehr Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland zu erreichen, sehen dies nur 25 Prozent der Menschen aus dem oberen Viertel so.

Mehr Chancengerechtigkeit durch Ausbildungsplatzgarantie

Eine Ausbildungsplatzgarantie für alle Schulabgänger ist aus Sicht der Bevölkerung die mit großem Abstand wichtigste Maßnahme für mehr Chancengerechtigkeit in Deutschland: Mit 81 Prozent Zustimmung rangiert damit die Forderung, dass alle Schulabgänger einen Ausbildungsplatz bekommen, in der Rangliste der Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit noch deutlich

Förderung der Chancengerechtigkeit

Frage: „Hier finden Sie nun einige Vorschläge, was der Staat tun könnte, um die Chancengerechtigkeit in Deutschland zu verbessern. Sind unter diesen Vorschlägen welche, die Sie für besonders wichtig halten?“ (Vorlage einer Liste, Mehrfachnennungen möglich)



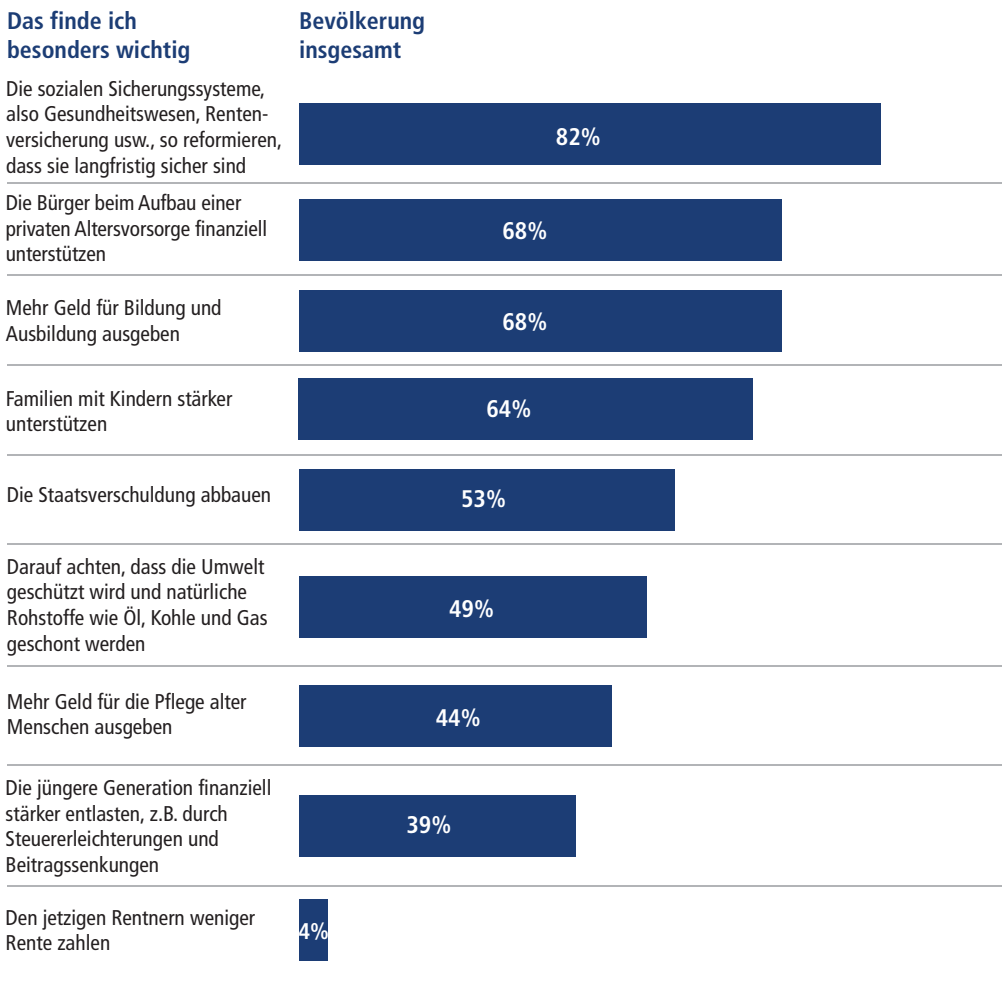
vor einer besseren Förderung der Kinder im Vorschulalter (60 Prozent), einer verbesserten Gleichstellung von Männern und Frauen (58 Prozent) und der Abschaffung von Studiengebühren (53 Prozent). Trotz der intensiven öffentlichen Diskussion über die in Deutschland im internationalen Vergleich geringeren Zugangschancen von Kindern einkommens- und bildungsschwächerer Schichten zur höheren Schulbildung und damit zum Hochschulstudium hält nur etwa ein Drittel der Bevölkerung die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems (35 Prozent) oder eine Erleichterung des Übergangs von der Haupt- über die Realschule zum Gymnasium für besonders wichtig, um in Deutschland mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen. Auch eine bessere Förderung von Migranten, damit diese sich beruflich und gesellschaftlich leichter integrieren können, wird im Sinne von mehr Chancengerechtigkeit von lediglich 27 Prozent der Menschen in Deutschland für besonders wichtig gehalten.

Generationengerechtigkeit durch zukunftssichere Sozialsysteme

Höchste Priorität für mehr Generationengerechtigkeit sollten aus Sicht der Bevölkerung Reformen der sozialen Sicherungssysteme haben, um diese auch langfristig zukunftssicher zu gestalten. Mehr als acht von zehn Menschen sehen in entsprechenden Reformen des Renten- und Gesundheitssystems den wichtigsten Schlüssel für mehr Generationengerechtigkeit in Deutschland (82 Prozent). Noch immerhin etwa zwei Drittel der Bevölkerung halten Hilfen für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge (68 Prozent), mehr Geld für Bildung und Ausbildung, um die junge Generation fit für die Zukunft zu machen (68 Prozent), und eine stärkere Förderung der Familien (64 Prozent) für besonders wichtig, um in Deutschland mehr Generationengerechtigkeit zu realisieren. Deutlich geringere Zustimmung finden dagegen Maßnahmen zur gezielten finanziellen Entlastung der jüngeren Generation z.B. durch Steuererleichterungen und Beitragssenkungen (39 Prozent). Nur ein verschwindend geringer Anteil der Menschen in Deutschland hält Rentenkürzungen bei den heutigen Rentnern für eine geeignete Maßnahme, um in Deutschland mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen. Prüft man bei den beiden letztgenannten Maßnahmen ergänzend, wieweit dabei Jüngere und Ältere übereinstimmen, zeigt sich eine großes Maß an Übereinstimmung zwischen den Generationen: So hält bei den unter 30-Jährigen nur eine kleine Minderheit von 8 Prozent Rentenkürzungen bei den heutigen Rentnern für besonders wichtig, um mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen. Umgekehrt stimmen auch viele Ältere dafür, die jüngere Generation finanziell stärker zu entlasten (37 Prozent).

Verbesserung der Generationengerechtigkeit

Frage: „Hier finden Sie nun einige Vorschläge, was der Staat tun könnte, um die Generationengerechtigkeit in Deutschland zu verbessern. Sind unter diesen Vorschlägen welche, die Sie für besonders wichtig halten?“ (Vorlage einer Liste, Mehrfachnennungen möglich)



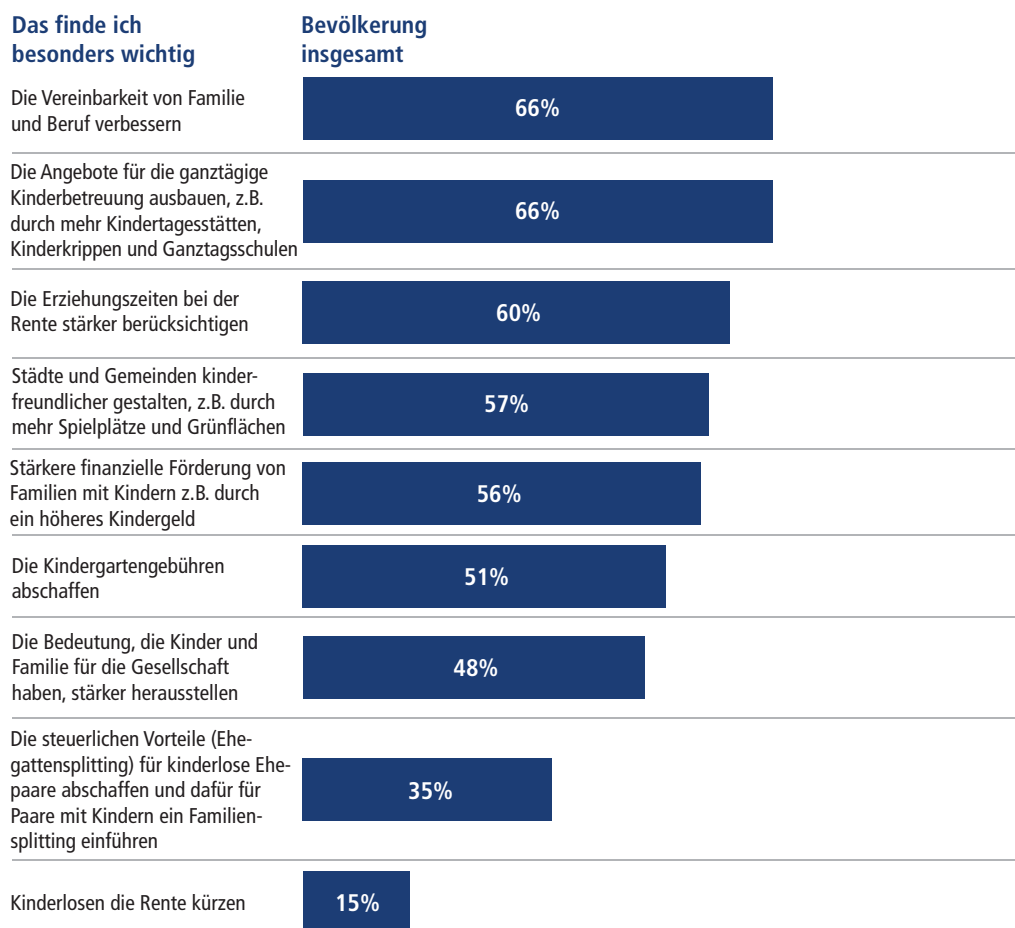
| Bertelsmann Stiftung

Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Schlüssel für mehr Familiengerechtigkeit

Für mehr Familiengerechtigkeit in Deutschland hält die Bevölkerung Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch mehr Kinderkrippen, Kindertagesstätten oder Ganztagsbetreuung an Schulen, für noch wichtiger als eine stärkere finanzielle För-

Förderung der Familiengerechtigkeit

Frage: „Auf dieser Liste hier finden Sie einige Vorschläge, was der Staat tun könnte, um die Familiengerechtigkeit in Deutschland zu verbessern. Sind unter diesen Vorschlägen welche, die Sie für besonders wichtig halten?“ (Vorlage einer Liste, Mehrfachnennungen möglich)



derung der Familien. Befragt danach, welche Maßnahmen für mehr Familiengerechtigkeit besonders wichtig sind, nennen zwei Drittel (66 Prozent) Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aber auch eine stärkere finanzielle Förderung von Familien mit Kindern wird von deutlich mehr als der Hälfte der Menschen für besonders wichtig gehalten, um für mehr Familiengerechtigkeit in Deutschland zu sorgen. Immerhin 60 Prozent möchten dafür Erziehungszeiten bei der Rente stärker berücksichtigt sehen und 56 Prozent halten ein höheres Kindergeld für vorrangig. Die Einführung eines Familiensplittings anstelle des derzeitigen Ehegattensplittings halten dagegen nur 35 Prozent für besonders wichtig und der Vorschlag, den Kinderlosen die Rente zu kürzen, hält nur eine Minderheit von 15 Prozent für geeignet, um die Familiengerechtigkeit in Deutschland zu erhöhen.

Unterscheidet man nun allerdings zwischen der Bevölkerung insgesamt und den Familien mit Kindern unter 14 Jahren, zeigt sich, dass den Familien selber die direkte finanzielle Förderung der Familien mit 78 Prozent sogar noch wichtiger ist als die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf z.B. durch Kinderkrippen und Ganztagsbetreuung (72 Prozent). Interessant im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist auch, dass es lediglich knapp der Hälfte (48 Prozent) der Bevölkerung wichtig erscheint, die Bedeutung von Kindern für die Gesellschaft stärker herauszustellen, während sich dies zwei Drittel (66 Prozent) aller Familien mit Kindern als Beitrag für mehr Familiengerechtigkeit wünschen.

Leistungsgerechtigkeit – „Arbeit muss sich lohnen!“

Als wichtigsten Garant für mehr Leistungsgerechtigkeit sehen drei Viertel (75 Prozent) der Menschen in Deutschland den Grundsatz an, dass „wer arbeitet, auch spürbar mehr verdienen sollte als derjenige, der von staatlicher Unterstützung lebt“. Das zeigt deutlich, dass es in der differenzierten Betrachtung der Teilgerechtigkeiten der Bevölkerung bei der Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit keineswegs um bloße „Gleichmacherei“ geht. Das Lohnabstandsgebot ist in der Bevölkerung als Verständnis einer leistungsgerechten Verteilung offensichtlich tief verankert. Ähnlich wichtig ist den Menschen jedoch auch, dass gleiche Leistung auch gleich bezahlt wird (68 Prozent) und dass für alle Arbeitnehmer ein Mindesteinkommen garantiert ist, notfalls durch gesetzliche Mindestlöhne oder staatliche Lohnzuschüsse (66 Prozent). Das ausgeprägte Verständnis von Leistungsgerechtigkeit als ein Geben und Nehmen von Leistung und Gegenleistung zeigt sich auch in der relativ hohen Zustimmung zur Maßnahme, die Empfänger von Sozialhilfe und ALG II zu gemeinnützigen Gegenleistungen zu verpflichten (57 Prozent). Auf der anderen Seite sollen Überstundenzuschläge geringer besteuert (49 Prozent) und die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital und Gewinn des Unternehmens stärker gefördert (48 Prozent) werden. In Steuersenkungen für Besserverdienende sieht dagegen nur ein verschwindend geringer Anteil der Menschen in Deutschland einen geeigneten Beitrag für mehr Leistungsgerechtigkeit (8 Prozent).

Förderung der Leistungsgerechtigkeit

Frage: „Auf dieser Liste hier finden Sie einige Vorschläge, was der Staat tun könnte, um die Leistungsgerechtigkeit in Deutschland zu verbessern. Sind unter diesen Vorschlägen welche, die Sie für besonders wichtig halten?“ (Vorlage einer Liste, Mehrfachnennungen möglich)

Das finde ich besonders wichtig	Bevölkerung insgesamt
Wer arbeitet, sollte spürbar mehr verdienen als derjenige, der von staatlicher Unterstützung lebt	75%
Gleiche Bezahlung für die gleiche Leistung durchsetzen	68%
Ein Mindesteinkommen für Arbeitnehmer sicherstellen, z.B. durch gesetzliche Mindestlöhne oder durch staatliche Lohnzuschüsse (z.B. Kombilohn)	66%
Die Bezahlung auch im öffentlichen Dienst stärker an der Leistung orientieren	58%
Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II verpflichten, eine Gegenleistung zu bringen, z.B. gemeinnützige Arbeiten in den Kommunen	57%
Zuschläge für Überstunden geringer besteuern	49%
Die Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmen stärker fördern (Gewinn- und Kapitalbeteiligung, Investivlohn usw.)	48%
Die Steuern für Besserverdienende senken	8%

Skandinavien – Vorbild für soziale Gerechtigkeit für Politiker und Bevölkerung

Geht es um mehr soziale Gerechtigkeit, sehen Bürger die skandinavischen Länder als Vorbild. Eine deutliche Mehrheit von 57 Prozent der Bürger orientiert sich dabei an den nordeuropäischen Ländern Schweden und Dänemark – und das trotz oder gerade wegen der sozialpolitischen Umbaureformen der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten vor allem in den 80er und 90er Jahren. Den Erfolg dieser Reformen zur Erreichung von mehr sozialer Gerechtigkeit zeigen auch international vergleichende Gerechtigkeitsstudien sehr deutlich und bestätigen damit die Einschätzung der Bürger: Bei Kernelementen sozialer Gerechtigkeit wie einer geringen Armutsquote, geringer Arbeitslosigkeit, hoher Beschäftigung von Männern und Frauen, Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft, sozialen Aufstiegschancen für alle und vergleichsweise geringeren Einkommensunterschieden innerhalb ihrer Gesellschaften erreichen die skandinavischen Länder fast durchweg Spitzenplätze.³

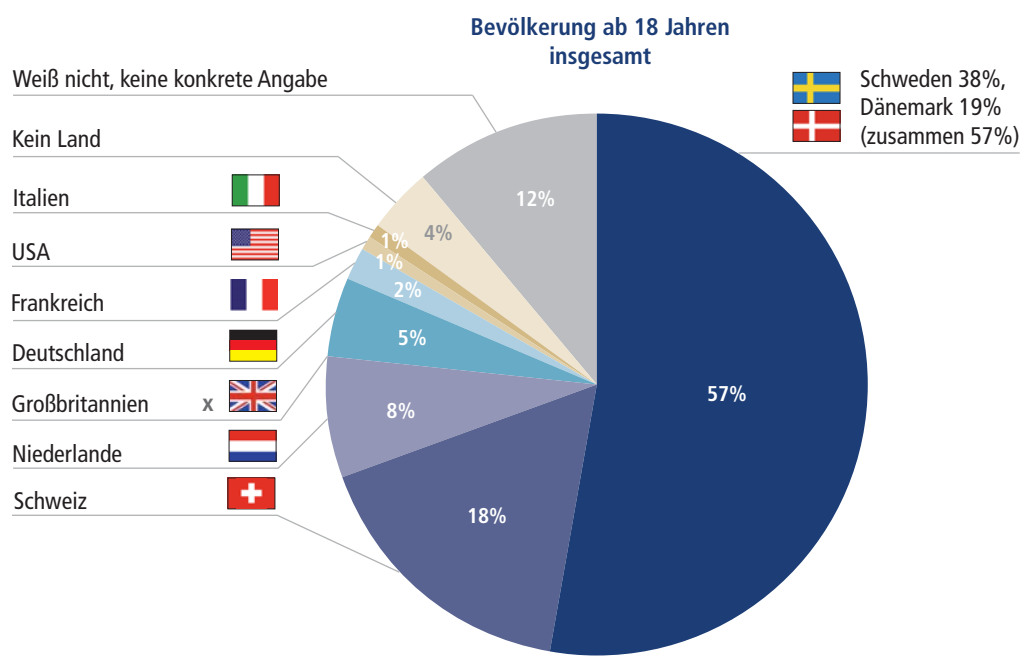
Die soziale Marktwirtschaft Deutschlands gilt beim Thema soziale Gerechtigkeit derzeit nur noch wenigen als vorbildlich. Lediglich noch 5 Prozent der Bürger nennen Deutschland als das entwickelte Industrieland, das ihren Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommt. Befragt nach dem entwickelten Industrieland mit der geringsten sozialen Gerechtigkeit, nennt eine große Mehrheit von über zwei Drittel (69 Prozent) aller Bürger die USA. Am zweithäufigsten nennen die Bürger zu 11 Prozent Großbritannien als Industrieland mit der geringsten sozialen Gerechtigkeit. Zusammengefasst ergibt sich daraus eine eindeutige Ablehnung der Gerechtigkeitsvorstellungen des angelsächsischen Wirtschafts- und Sozialmodells durch die Bevölkerung in Deutschland.

Sowohl diese Ablehnung eher angelsächsisch geprägter Gerechtigkeitsvorstellungen als auch die Vorbildfunktion der skandinavischen Länder wird von den Politikern geteilt. Auch die im vergangenen Jahr befragten Parlamentarier nannten zu fast zwei Drittel angelsächsische Länder als Negativbild sozialer Gerechtigkeit, während eine ebenfalls deutliche Mehrheit (55 Prozent) in den skandinavischen Ländern ihr Vorbild sozialer Gerechtigkeit sieht. Während bei den Bürgern die Vorbildfunktion der skandinavischen Länder allerdings in allen Schichten und bei den Anhängern aller politischen Parteien eine deutliche Mehrheit findet, zeigen sich bei den Parlamentariern deutliche Parteiunterschiede. Mandatsträger der SPD (79 Prozent), der Grünen (83 Prozent) und der Linken (96 Prozent) orientieren sich fast einhellig am skandinavischen Modell, während dies in der CDU/CSU nur 27 Prozent und in der FDP nur 24 Prozent der Abgeordneten tun. Dennoch genießt auch in den bürgerlichen Parteien kein anderes Land eine stärkere Vorbildfunktion für soziale Gerechtigkeit als die skandinavischen Länder.

³ Vgl. Wolfgang Merkel: Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich, in: Stefan Empter, Robert B. Vehrkamp (Hrsg.): Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2007.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass, obwohl das skandinavische Modell mit einer vergleichsweise deutlich höheren Staatsquote und höheren Einkommens- und Konsumsteuern für die Bürger verbunden ist, es dennoch gerade von Bürgern mit hohem Einkommen als besonders gerecht angesehen wird: Menschen mit hohem Einkommen und aus dem oberen Viertel der Gesellschaft neigen zu über 60 Prozent sogar stärker zum skandinavischen Modell als Menschen mit niedrigem Einkommen (52 Prozent) oder aus dem unteren Viertel der Gesellschaft (49 Prozent).

Skandinavien: Vorbild für soziale Gerechtigkeit



x = unter 0,5 Prozent

Anmerkung: Bei Mandatsträgern offene Ermittlung, ohne Antwortvorgaben. In der Bevölkerung wurde eine Liste vorgelegt mit den Namen von 9 Ländern. Summe ergibt 108% aufgrund von Mehrfachnennung.

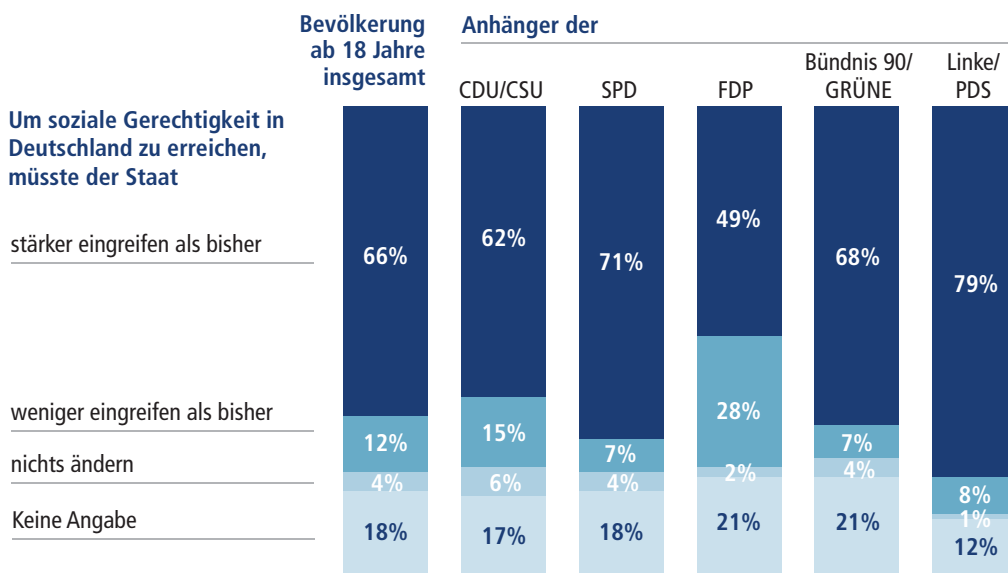
BertelsmannStiftung

Große Mehrheit der Bürger für mehr staatliche Eingriffe und Umverteilung

Im Einklang mit ihrer Orientierung am skandinavischen Sozialmodell sprechen sich zwei Drittel der Bevölkerung (66 Prozent) dafür aus, dass der Staat zur Erreichung von mehr sozialer Gerechtigkeit in Deutschland stärker als bisher durch umverteilende Maßnahmen eingreifen sollte. Nur 12 Prozent der Bürger wünschen sich dagegen, dass der Staat weniger als bisher eingreift. Diese Präferenz für mehr staatliche Umverteilung wird – bis auf die FDP – mit großer Mehrheit von den Anhängern aller im Bundestag vertretenen Parteien vertreten. So wünschen sich 79 Prozent der Linken, 71 Prozent der SPD-Anhänger, 68 Prozent der Grünen und 62 Prozent der CDU/CSU-Anhänger mehr staatliche Umverteilung, und selbst bei der FDP teilt diesen Wunsch mit 49 Prozent fast die Hälfte ihrer Anhänger.

Brauchen wir mehr staatliche Umverteilung, um in Deutschland soziale Gerechtigkeit zu erreichen? Meinungsbild der Bevölkerung

Frage: „Was meinen Sie, wie erreicht man am ehesten soziale Gerechtigkeit in Deutschland: Indem der Staat stärker als bisher eingreift, also z.B. durch mehr Umverteilung, oder indem der Staat weniger eingreift, oder indem man nichts ändert?“



Entsprechend klar lehnen die Bürger auch die Option von weniger staatlicher Umverteilung als bisher ab. Nur deutlich weniger als 10 Prozent der Wähler von SPD, Grünen und Linken wollen weniger staatliche Eingriffe, und auch die Anhänger der Unionsparteien liegen mit 15 Prozent für weniger staatliche Umverteilung nahe beim Durchschnittswert in Höhe von 12 Prozent aller Bürger, die weniger staatliche Umverteilung fordern. Nur bei der FDP liegt der Anteil der Anhänger, die sich weniger staatliche Umverteilung wünschen, mit 28 Prozent deutlich höher als in den anderen Parteien.

Selbst die Bürger, die sich bei einer Umsetzung ihrer Forderung am ehesten auf stärkere steuerliche Belastungen einstellen müssten, sprechen sich in der Umfrage mehrheitlich für mehr staatliche Umverteilung ein. So halten auch fast 60 Prozent aus dem oberen Viertel der Gesellschaft und 61 Prozent der Menschen mit Haushaltseinkommen über 3.000 € im Monat mehr staatliche Umverteilung für wünschenswert, um mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland zu erreichen. Umgekehrt plädieren auch in diesen beiden gesellschaftlichen Gruppen nur relativ wenige (17 bzw. 20 Prozent) für weniger staatliche Umverteilung.

80 Prozent der Bürger halten Steuer- und Abgabenlast in Deutschland für zu hoch

Trotz ihrer Präferenz für das skandinavische Sozialmodell und für mehr staatliche Umverteilung halten acht von zehn Bürgern in Deutschland die Höhe aller Steuern und Abgaben für zu hoch. Weitere 12 Prozent halten die derzeitige Steuer- und Abgabenlast für angemessen und lediglich 1 Prozent der Bürger hält diese für zu niedrig. Damit gehen die Bürger in ihrer Ablehnung von Steuer- und Abgabenerhöhungen noch über die vor einem Jahr dazu erhobenen Werte bei den Politikern hinaus. Immerhin hielten im Jahr 2006 noch 11 Prozent aller Parlamentarier die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland für zu niedrig, während 46 Prozent aller Politiker diese als angemessen und 40 Prozent als zu hoch einschätzten. Damit sprechen sich fast 90 Prozent aller Politiker und mehr als 90 Prozent der Bevölkerung gegen höhere Steuern und Abgaben in Deutschland aus.

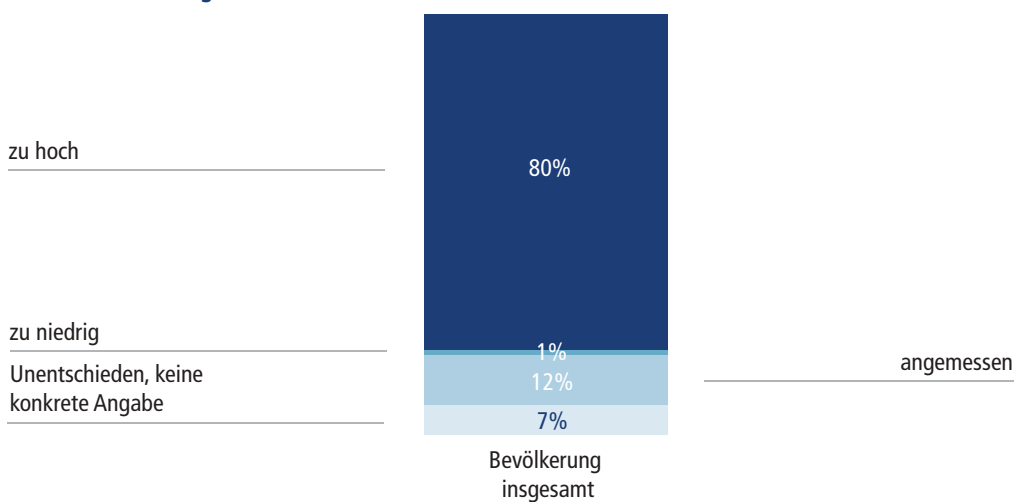
Daraus lässt sich nun ein gewisser Widerspruch zwischen der eindeutigen Ablehnung höherer Steuern und Abgaben und der deutlich mehrheitlichen Präferenz für das skandinavische Sozialmodell ableiten, das auf der Kostenseite mit einer deutlich höheren Staats- und Abgabenquote verbunden ist. Eine signifikant höhere Staats- und Abgabenquote lässt sich aber bei bereits weitgehend ausgeschöpften Verschuldungsmöglichkeiten des Staates durch mehr staatliche Umverteilung alleine nicht erreichen und wäre ohne eine deutliche Erhöhung der gesamtstaatlichen Steuer- und Abgabenlast nicht realisierbar.

Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage können dieses Dilemma nicht auflösen, weisen jedoch auf eine interessante Gesprächsagenda für die öffentliche und politische Debatte der kommenden Jahre hin. Steigt die Bereitschaft für höhere Steuern und Abgaben, wenn durch einen nach skandinavischem Vorbild umgebauten Sozialstaat dessen Beitrag für mehr soziale Gerechtigkeit für die Bevölkerung transparenter und fühlbarer wird als im heutigen Modell des bundesdeutschen Sozialstaats? Ist die Finanzierung eines investiven, auf Bildungs- und Integrationsausgaben konzentrierten Sozialstaats zustimmungsfähiger und damit auch politisch leichter durchsetzbar als eine höhere Abgabenlast zur Finanzierung des heutigen Sozialstaats? Verbirgt sich also hinter dem Vorbild Skandinavien ein zukunftsfähiger Weg des Umbaus auch für den bundesdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaat? Ohne diese Fragen beantworten zu können, sind die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage jedoch ein zumindest deutlicher Hinweis für die Notwendigkeit einer an ihnen orientierten gesellschaftlichen Debatte – mit dem Ziel, sich auf ein Sozialmodell für Deutschland zu verständigen, das von möglichst vielen Bürgern als gerecht empfunden wird.

Steuern und Abgaben für große Mehrheit zu hoch

Frage: „Wenn Sie einmal an die Höhe aller Steuern und Abgaben in Deutschland denken: Halten Sie die Steuern und Abgaben ganz allgemein für zu hoch, zu niedrig oder für angemessen?“

Die Steuern und Abgaben sind



Service-Formular

Stefan Empter/Robert B. Vehrkamp (Hrsg.)

Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme

Erscheinungsdatum: 2007
Umfang: 308 Seiten
Kosten: 35 EUR

ISBN: 978-3-89204-925-8



**Mit folgendem Bestellschein können Sie die Publikation vorbestellen:
Fax-Bestellschein an 05241 81-681282**

Bertelsmann Stiftung
Anja Bedford
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Bitte senden Sie mir zum Verkaufspreis ___ Exemplar(e) der Publikation
„Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme“ (vorläufiger Titel) an folgende Anschrift:

Rechnungsanschrift falls abweichend:

Impressum

© 2007 Bertelsmann Stiftung

Herausgeber:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich:

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

Bildnachweis:

Quelle: Veit Mette, Bielefeld

Der besseren Lesbarkeit wegen haben wir in der Regel auf die weibliche Sprachform verzichtet.
Wir bitten alle Leserinnen um Verständnis.

Adresse | Kontakt:

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon 05241 81-0
Fax 05241 81-81999

Dr. Robert B. Vehrkamp
Telefon 05241 81-81526
Fax 05241 81-81982
robert.vehrkamp@bertelsmann.de

Andreas Kleinsteuber
Telefon 05241 81-81405
Fax 05241 81-81982
andreas.kleinsteuber@bertelsmann.de

www.bertelsmann-stiftung.de